



---

## **Beschluss**

### **TOP I.6**

#### **Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Betreuungskosten“**

Berichterstatter: Sachsen

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den in Umsetzung des Beschlusses der Frühjahrskonferenz vom 1. und 2. Juni 2006 vorgelegten Bericht der Arbeitsgruppe zu den Ursachen der Kostensteigerungen im Betreuungsrecht und die von ihr erarbeiteten Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.**
- 2. Sie stellen fest, dass die Ursachen der Kostensteigerungen ebenso wie mögliche Gegenmaßnahmen teilweise außerhalb der Zuständigkeit der Justizressorts liegen. Der Vorsitzende der Justizministerkonferenz wird deshalb beauftragt, den Bericht auch dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, der Vorsitzenden der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und den kommunalen Spitzenverbänden zur Kenntnis zu geben.**
- 3. Die Justizministerinnen und Justizminister sprechen sich für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus und bitten das Bundesministerium der Justiz, den Vorsitz zu übernehmen. Die Arbeitsgruppe soll prüfen, ob sich aus dem Endbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) über die Evaluation des Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes gesetzgeberischer Handlungsbedarf ergibt. Die Justizministerinnen und Justizminister erinnern in diesem Zusammenhang auch an ihren auf der Früh-**

**jahrskonferenz am 29. und 30. Juni 2005 getroffenen Beschluss zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine strukturelle Reform des Betreuungsrechts.**